Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

24.07.1931 (Nr. 58)

Visual Library

Einzelpreis 15 Pfg.

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Geschäftsstelle und Redaktion: Bremen, Bahnhofstraße 26. Fernspr. Domsh. 25878. Erscheint wöchentlich 2 mal, Bezugspreis monatlich 1.12 RM. einschließlich Bestellgeld. Verlagsort Bremen.

Anzeigen: 10-gesp. Nonpr.-Zeile 0.25, auswärts 0.30 RM. Stellengesuche und Fam.-Anz. 0.10 RM. Kleine Anz. 0.15 RM. 3-gesp. Reklamezeile 1.— RM., auswärts 1.25 RM. Ersatzansprüche können nicht gestellt werden, wenn das Erscheinen irgendwie verhindert ist.

Nr. 58 | Freitag, den 24. Juli | 1931

Wir bauen auf!

Das liberalistische Wirtschaftssystem zusammengebrochen

Von Dr. Otto Wagener. Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung der Reichsleitung der NSDAP.

Die Ereignisse dieser Woche kommen vielen Männern der Wirtschaft und den meisten Männern der Politik der bürgerlichen Mitte des Marxismus überraschend. Der Zusammenbruch der österreichischen Kreditanstalt, die Zahlungsunfähigkeit der Danatbank, die Zurückziehung kurzfristiger Kredite durch das Ausland, das Abebben der Golddecke der deutschen Währung und das Verschwinden der Zahlungsmittel vom Markt werden von den Meisten verständnislos registriert, und als ein furchtbarer Ausdruck der Wirtschaftsnot bezeichnet. Die marxistische Presse führt diesen Zusammenbruch sogar auf das Ergebnis der Wahlen vom 14. September zurück, in dem sie gerade denjenigen Teilen des deutschen Volkes die Schuld an der Katastrophe zuschiebt, die schon damals richtig vorausgesehen haben.

Für uns Nationalsozialisten ist der gegenwärtige Augenblick das Gegenteil einer Beunruhigung. Wir sehen im jetzigen Zusammenbruch den nicht mehr auszulöschenden Beweis der Richtigkeit unserer Erkenntnis und unserer Voraussagen. Alles was heute in phantastischer Form in Erscheinung tritt, ist eine selbstverständliche Folge eines Wirtschaftssystems, dessen Anfänge Jahrhunderte zurückliegen.

Im Wirtschaftsliberalismus liegt die tatsächliche Ursache der Entwicklung., die in diesen Tagen in Deutschland ihre Katastrophe erlebt. Das liberalistische System hat die Wirtschaft, die an sich eine Funktion des Volkslebens ist, vom Volke losgetrennt und in Einzelunternehmungen aufgelöst. Es hat damit auch die niederen Instinkte des Einzelmenschen entfesselt auf Kosten des Lebensorganismus des Volkes. Zwangsläufig hat es dazu geführt, daß jeder nur auf seinen eigenen Vorteil bedacht war und vergaß, daß das Wohl des Einzelnen, vom Wohl der Gesamtheit abhängig bleibt. Alle Unmoral in der Wirtschaft, sogar der Verfall der Ethik und Moral im Volksleben, selbst sind die Folgeerscheinungen der Absonderung des Einzelindividuums vom Volksganzen.

Durch diese Trennung vom Volkskörper war es möglich, daß Teile der Volkswirtschaft in zunehmendem Maße als Schmarotzergebilde auf dem Volkskörper wucherten und als Krebsgeschwülste den Volkskörper zersetzten. Die vermeintliche Blüte der liberalistischen Wirtschaft in den letzten 50 Jahren war die Blüte dieser Schmarotzer und Krebsgeschwülste! Mit dem Blut des Volkskörpers und den gesunden Kräften des Volkes haben sich diese Fehlentwicklungen hochgezüchtet, und die stolzen Führer dieser Wirtschaft sahen die sogenannten Erfolge ihres Systems als ein ungeheures Verdienst an und leiteten sich daraus das Recht ab, einen großen Teil des sogenannten wirtschaftlichen Gewinns in ihre Taschen zu stecken.

Das Volk verblutete allmählich und die gesunden Volkskräfte erkrankten und wurden siech. Es ist eine furchtbare Tragik, mitanzusehen, wie das betrogene Volk Tag für Tag und Jahr für Jahr zur Arbeitsstelle ging, wie die alten Veteranen und die Familienväter sich zu Pflug und Schraubstock schleppten im Dienste eines Wirtschaftssystems, das ihnen in immer zunehmendem Maße ihre eigene Existenz untergrub und ihre Arbeitskräfte zu falschen Zwecken mißbrauchte.

Eine besondere Rolle spielt dabei das internationale Judentum, das es, gestützt auf das liberalistische Wirtschaftssystem, fertig brachte, den Begriff des Geldes von den Waren loszulösen und als Ding an sich in die Welt zu setzen. Die liberalistischen Anschauungen ermöglichten es dem Juden, das Geld, das doch nur eine Vermittlerrolle zu spielen hat, zur herrschenden Macht in der Wirtschaft zu machen. Heute sind selbst jene deutschen Wirtschaftsführer, die sich als die Großen ihrer Zeit gefühlt haben, Knechte des internationalen Kapitals geworden, wenn sie nicht bankerott gemacht haben.

Während die Kräfte aller Völker durch den Wirtschaftsliberalismus ausgesogen wurden, bestieg der Jude mit seinen gekauften Vögten, als der Herrscher über das Weltkapital einen zunächst unsichtbaren, heute aber weithin zu erblickenden Thron und trieb mit der Peitsche den Zinses Wirtschaft und Völker zu sklavenmäßiger Arbeit an.

Es mußte so kommen, daß die Kraft der Völker erschöpft wurde und daß damit auch die Schmarotzergebilde auf dem Volkskörper zusammenfielen. Diesen Augenblick erleben wir heute in Deutschland, — und andere Länder, die an dem System festhalten, werden folgen — und wir sehen, wie über diesem System der jüdische Imperator des von ihm konstruierten Geldes seine Geisel schwingt. Alle Maßnahmen, welche in diesen Tagen getroffen worden sind, sind Maßnahmen der Unterwerfung unter die Allgemeinherrschaft des Geldes. Es ist ein Irrwahn, wenn einer glaubt, daß in Deutschland durch einen Kredit von eineinhalb Milliarden oder durch eine Stundung von Tributzahlungen, irgend etwas gerettet werden könnte! Im Gegenteil vervollständigt die Unterwerfung unter die Allmacht des internationalen Geldkapitals nur die Versklavung des deutschen Volkes und beschleunigt den endgültigen Zusammenbruch.

Gibt es wirklich noch einen Menschen, der glauben wollte, daß Männer des liberalistischen Wirtschaftssystems Deutschland aus dem Chaos erretten könnten?! Ist wirklich noch jemand so unvernünftig, daß er annehmen könnte, daß ein System, das die Schuld an diesem furchtbaren Zusammenbruch trägt, mit den Mitteln dieses gelben Systems den Zusammenbruch abzuwenden vermöge? Wenn dieses System selbst schon ein furchtbares Verbrechen am deutschen Volke war, dann ist das Verbrechen noch viel ungeheuerlicher,

Die Weserzeitung wird nationalsozialistisch

Fixigkeit im Gesinnungswechsel

Die Dinge beginnen sehr rasch sich zu wandeln. Regierung und Presse glauben sich retten zu können, wenn sie schnell unsere Ideen aufnehmen und ihre bisherigen in Grund und Boden verurteilen. Aber diese **Fixigkeit im Gesinnungswechsel** wird ihnen nichts helfen, man glaubt ihnen nicht mehr, auch wenn sie jetzt so manche Wahrheit **bringen, die sie begriffen haben dank der Erziehungsarbeit** der NSDAP.

So bringt die Weser-Zeitung in ihrer heutigen Morgenausgabe einen Leitartikel, der aus der BNS. abgeschrieben sein könnte und der bei einer Spur folgerichtigen Denkens in der einzig möglichen Forderung: **Tretet ein in die NSDAP.** seinen Abschluß finden müßte. Wir bringen aus diesem Leitaufsatz einige Proben, die das beweisen.

„In Deutschland galt die Parole der Regierung Brüning: Erst im Innern sanieren, dann an die Reparationsfrage gehen. Niemals ist ein Programm so **gründlich widerlegt** worden wie dieses. Trotzdem scheint man in Berlin weiterhin an dieser **unseligen Kombination** haften zu bleiben, da das politische Denken und Handeln so sehr ein Rechenexempel geworden ist, daß man sich nicht mehr von diesem Wahn befreien kann. Notverordnung auf Notverordnung folgt; sie sind das tägliche Brot, welches die Regierung ihrem Volke gibt. Aber es sind Steine statt Brot, und wehe denen, welche an verantwortlicher Stelle stehen, wenn diese Steine zum Wurf erhoben werden. **Deutschland ist nunmehr auf Gedeih und Verderb den kapitalistischen Mächten im Westen** ausgeliefert. Die Verstrickung ist so groß und so tief, daß die Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft ähnliche sein werden wie auf farbige Völker.

Das ist ein furchtbares Schicksal, welches alle aufruft, mitzuarbeiten an einer Befreiung, an einem Wiedererstehen deutschen Seins.

Deutschland hat Anklage auf Mord am Leben seines Volkes zu erheben. Deutschland muß sich an die Spitze all der Nationen stellen, welche durch die Friedens- und Finanzverträge des letzten Jahrzehntes der Vernichtung preisgegeben wurden. **Das Gewissen der Welt, welches so oft angerufen worden ist, existiert nicht.** Die Zeiten, wo in Deutschland Unterwerfung begrüßt wurde, sind vorbei. Die Unterwerfungspolitiker sagen, daß das Ende gewesen wäre, **wobei sie aber fein säuberlich verschweigen, daß es ihr Ende und nicht das der Nation gewesen wäre, auch wenn diese durch ein Fegefeuer hätte gehen müssen.**

Wir haben die Pflicht, unseren deutschen Weg zu gehen, der auf Befreiung von dem Westen lautet. Wir müssen die Nation mobilisieren, das Gewissen jedes einzelnen muß hell und wach werden, sonst sind wir Deutsche gewesen.

Zum Schluß fragen wir die Weser-Zeitung: Warum hat man erst Jahre hindurch jede Unterwerfung begrüßt, warum hat man fein säuberlich verschwiegen, was man jetzt zu sagen wagt, warum wollen ausgerechnet sie, das Blatt der Volkspartei, die Nation mobilisieren? Hat man erst heute den Mut dazu, nachdem jahrelang Nationalsozialisten sich haben beschimpfen und totschlagen lassen, um die Nation zu mobilisieren? Der Volkspartei glaubt darum doch kein Mensch mehr und auch nicht ihrem Bremer Organ. Die Drehscheibenpolitik ist zur Genüge bekannt und wir sehen in den oben angeführten Sätzen nur den **moralischen und politischen Zusammenbruch** der Unterwerfungspolitiker, die schleunigst abzutreten und zu verschwinden haben, mit ihrer Presse.

Zeppelin gestartet

Heute morgen um 9,47 Uhr ist das Luftschiff „Graf Zeppelin" zu seiner Arktisfahrt gestartet. Um 8,30 kamen die Passagiere an Bord des Luftschiffes und 30 Mann Besatzung, darunter Dr. Eckener, mit ihm die Luftschiffführer Lehmann, Flemming, von Schiller und Gruß, sowie 16 Passagiere.

Stimson Sonnabend in Berlin

Macdonald und Henderson Montag

London, 23. Juli. Reichskanzler Brüning teilt offiziell mit, daß der amerikanische Staatssekretär Stimson am Sonnabend in Berlin zu einem Besuch eintreffen wird. Er wird in Berlin voraussichtlich bis zum Montag bleiben. Der englische Ministerpräsident Macdonald und der englische Außenminister Henderson treffen am Montag in Berlin ein und werden bis zum Dienstag bleiben.

Reichstageinberufung wieder abgelehnt

Berlin, 23. Juli. Der Aeltestenrat des Reichstages trat am Donnerstag Vormittag unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten von Kardorff zu einer Sitzung zusammen, um sich mit dem Antrag der Oppositionsparteien auf Einberufung des Reichstages zu beschäftigen. Die Abstimmung hatte folgendes Ergebnis: Für die Einberufung des Reichstages stimmten die Deutschnationalen, die Nationalsozialisten, das Landvolk und die Kommunisten, hinter denen insgesamt 243 Abgeordnete stehen. Die für die Reichstagseinberufung notwendige Stimmenzahl (289) wurde also auch diesmal nicht erreicht. Gegen die Einberufung stimmten außer den Regierungsparteien u. a. auch die Wirtschaftspartei, deren Vertreter erklärte, daß die Wirtschaftspartei den jetzigen Zeitpunkt für eine Einberufung des Reichstages für verfrüht halte. In einer Sitzung am 29. Juli würde jedoch die Wirtschaftspartei für Einberufung stimmen. — Parlamentarische Spiegelfechterei.

Werbt für die BNZ

das Diejenigen begehen, die dieses System noch in letzter Stunde erhalten und retten wollen, obwohl sie sehen, daß das Volk damit jede Lebensmöglichkeit verliert.

Mit einem überlegenen Lächeln behaupteten diese Toren, daß mit uns, den Nationalsozialisten, das vollkommene Chaos käme. Noch vor drei Wochen vielleicht konnte diese Behauptung bei Uneinsichtigen verfangen. Heute ist das Chaos da, aber nicht durch uns, sondern durch jene. Wir Nationalsozialisten haben das Chaos vorausgesagt.

Aber wir sind nicht die Männer, die von der Vergangenheit sprechen wollen. Wir blicken in die Zukunft und sehen ebenso klar wie in jenen Septembertagen des vergangenen Jahres, welchen Weg heute die Regierung Brüning wiederum geht, und welchen Weg das deutsche Volk unter neuen Führern gehen müßte. Wenn wir heute Reichstagswahlen hätten, dann würden nicht 7 Millionen Deutsche die Partei Adolf Hitlers wählen, sondern 10 und 14 Millionen! Wenn wir heute die Meinung des deutschen Volkes befragen würden, so ständen die Führer der deutschen Freiheitsbewegung an der Spitze der Regierung, und nicht mehr die Parteien des zusammengebrochenen Systems.

Ein „quousque tandem!" rufen wir ihnen entgegen! Wie lange denn wollt ihr euch noch in den Sitzen halten, in die ihr nicht mehr hineingehört? Wie lange noch wollt ihr ein internationales System schützen, das das deutsche Volk in dieses Chaos geführt hat? Wie lange noch wollt ihr das Volk glauben machen, ihr fühltet nicht selbst, daß eure Wege und eure Mittel falsch waren, und unerbittlich falsch bleiben werden? Seht ihr nicht die fünf Millionen deutscher Arbeitsloser verelenden? Fühlt ihr nicht, wie auch das Vertrauen derjenigen längst verschwunden ist, die noch am Schraubstock ausgehalten haben? Begreift ihr nicht, daß wenn Euer System erhalten bleibt, kein deutsches Volk mehr bestehen wird, das ihr regieren könnt!

Ihr deutet warnend auf die Bajonette Frankreichs. Wohl, das sind die Bajonette, die dem internationalen Geldkapital zur Verfügung stehen, um seinen goldenen Tron zu sichern! Wir fürchten Bajonette die für das Geld kämpfen, nicht! Die Rettung und Befreiung des deutschen Volkes ist für uns das oberste Gebot. Wir glauben aber nicht daran, daß das französische Volk sich dazu hergeben wird, das Amt eines Henkersknechtes im Auftrag des internationalen Kapitals auszuführen.

Aber wir glauben an die ursprüngliche Kraft des deutschen Menschen, an den unüberwindlichen Lebenswillen des deutschen Volkes, das nicht zu verzagen braucht, denn seine ungebrochene Arbeitskraft, sein technisches Können, seine Aecker und seine Werkstätten mit ihrer gesamten Ertragsfähigkeit stehen ihm zu Gebote, wenn es sich nur endlich entschließt, mit dem internationalen System zu brechen und seine deutsche Wirtschaft nur nach deutscher Denkart und für deutsche Belange zu betreiben.

Deutschland erwache!

Ein grober Brief

Die Bremer Nachrichten veröffentlichen in Ihren Spalten einen Brief an die Redaktion, um uns eins auszuwischen und merken dabei garnicht, wie sie selbst ihrer Spotten, wie es heute gleichgültig ist, ob ein deutscher Arbeiter sich ungehobelt und grob ausdrückt, nur gesund muß der Kern sein, die Erbärmlichkeit dieser Lügenpresse muß er begriffen haben, dann ist schon vieles gewonnen.

Der Brief hat folgenden Wortlaut:

„Seit Jahren bin ich eifriger Leser der Bremer Nachrichten, zugleich aber auch großer Politiker. Sie Herr . . . müssen ein sehr dämlicher Mensch sein, wenn sie nicht die Riesenfortschritte der NSDAP. einsehen wollen. Sie sind doch derjenige, welcher gerade in den Bremer Nachrichten dieser Partei, die das Beste für unser Vaterland im Auge hat, alles Schlechte anzuknöpfen versucht. Sie können es wohl nicht vertragen, wenn den Herrn Ministern ectr. die Gehälter etwas gekürzt werden, weshalb geben Sie nicht zu diesen Artikeln Ihren sogenannten — Schmutz — hinzu. Scheinbar verdienen Sie auch noch zuviel Geld, Sie erbärmlicher Laufjunge. Oder stammen Sie wohl aus diesem berühmten Jerusalem? — mit krummer Nase. — Ich bin kein eingetragener Nazi, — sondern bis heute noch KPD. werde jedoch diese rote Fahne Moskaus verlassen, und auf das Verhalten der NSDAP. warten. Ihnen kann ich nur eins raten, wenn Sie Ihre dummen Bemerkungen gegen diese Partei nicht unterwegs lassen, so werde ich mal persönlich mit Ihnen Abrechnen, ich bekomme Sie oft genug zu sehen. Also sie Lümmel seien Sie etwas vorsichtiger.

Weshalb machen Sie denn nicht bei der DVP. ihre Dreckigen Bemerkungen? Da haben Sie wenigstens noch Grund, denn diese Partei Drehscheibe gehört doch wirklich an den höchsten Galgen.

Ist denn Ihr Gehalt lt. Notverordnung um M. 100.— monatl. gekürzt, oder was tun Sie am Wiederaufbau unseres Vaterlandes? —

Füllen Sie sich man Ihre Taschen so weiter voll. Saufen Sie man weiter so Sekt, bloß Ihre dämliche Lügenschnauze halten Sie etwas, andernfalls wird dieselbe mal etwas eingeschlagen.

Vielleicht Antworten Sie mal in Ihrem Lügenblatt auf diese Zeilen.

Ein Sie verachtender Kommunist
d. h. bis heute nur noch
aus der Altstadt.

Wie wird die NSDAP. sich über diesen „Zuwachs" freuen . . .?

*

Ja und dreimal ja! Uns ist jeder die Wahrheit suchende Volksgenosse willkommen. Wir fürchten uns nicht vor einem solchen Rauhbein, wenn der Mann nur treu und opferbereit zu Deutschlands Sache stehen will.

Der Mann mag in manchem etwas drastisch urteilen und wir haben auch nicht die Absicht, die „Lügenschnauzen" aufzuhängen, aber dem Schünemann-Organ sei versichert, **im Kern denken heute Millionen deutscher Menschen so und ihr politisches Urteil ist immer noch sachlicher und ehrlicher, als das der Bremer Nachrichten.** Haben sie nicht wieder die ganze Woche von Einigung und Erfolgen in London gefaselt, um heute morgen eingestehen zu müssen:

Sagen wir es offen: ihr Ergebnis ist eine Enttäuschung. Es entspricht noch nicht einmal dem gemäßigten Optimismus, dem wir gestern an dieser Stelle Ausdruck gaben. Die Siebenmächte-Konferenz hat die gestellte Aufgabe nicht lösen können; sie bedeutet also keinen Wendepunkt in der Geschichte der Nachkriegszeit.

Wir brauchen ihre Offenherzigkeit nicht mehr, denn wer soviel gelogen und gefärbt, macht bestenfalls in Konjunkturpolitik.

Über kurz oder lang neue Konferenz

Paris, 24. Juli. Die ganze Pariser Morgenpresse ist sich darin einig, daß die in London gefaßten Beschlüsse mehr eine vorläufige Lösung darstellen und kaum geeignet sind, der deutschen Finanzkrise eine wesentliche Hilfe zu bringen. Man unterstreicht allgemein, daß eine zweite Konferenz über kurz oder lang — man rechnet darauf in ein bis zwei Monaten — zusammentreten wird, die sich mit den gleichen Fragen wie in London befassen müsse. Alle Blätter, selbst das „Echo de Paris", weisen immer wieder auf die guten Beziehungen hin, die sich zwischen Brüning und Laval angebahnt hätten. Das „Echo de Paris" meint, es sei sicher, daß die Bankiersachverständigen in ihrem Bericht auch die Fragen des Youngplanes berühren würden. Frankreich werde sich dann in kurzer Zeit denselben zeitlichen Plänen gegenüberstehen, die es soeben in London ausgeschaltet habe. Das „Journal" sagt, England und Amerika hätten Deutschland an den Rand des Abgrundes getrieben, indem sie sich in Frankreich große Summen zum Zinssatz von 3 bis 4 v. H. geborgt und dieses Geld zu Wucherzinsen weiter geliehen hätten. Der „Petit Parisien" betont, daß man über kurz oder lang die Besprechungen wieder aufnehmen müsse, um das Reich endgültig in den Sattel zu setzen. Nach dem „Ouvre" würde man schon in zwei oder drei Wochen die Behandlung des gleichen Themas von London wieder aufnehmen müssen.

Noch immer Kontensperre

Der Inhalt der neuen Verordnung über den Zahlungsverkehr bei den Banken.

Berlin, 23. Juli. Durch eine heute mittag vom Reichskabinett verabschiedete Verordnung wird der Zahlungsverkehr für die Zeit vom 24. bis 28. Juli 1931 in der Hauptsache in der bisherigen Weise geregelt. Lockerungen sind insofern vorgesehen, als die Kreditinstitute ermächtigt sind, Auszahlungen ohne besondere Zweckbestimmung in Höhe von 10 v. H. (bisher 5 v. H.) des Guthabens vom 24. Juli d. J. und höchstens bis zu 200 Reichsmark (bisher 100 RM.), wenn es sich um Kontokorrentguthaben handelt und bis 30 Reichsmark (bisher 20 Mk.), wenn es sich um Sparkonten oder Sparbücher handelt, vorzunehmen.

Was die Verpflichtungen aus Wechseln angeht, so ist einmal zugelassen worden, daß Barauszahlungen und Ueberweisungen zur Einlösung von eigenen Akzeptverbindlichkeiten aus Wechseln, die vor dem 22. Juli 1931 ausgestellt sind, bis zur Höhe von täglich 5000 Reichsmark stattfinden dürfen, und andererseits ist staffelweise je nach dem Fälligkeitstage die Protestfrist für Wechsel verlängert worden, um dem Akzeptanten die Einlösung unter Umständen auch in Raten zu ermöglichen. Die bisherige Ausdehnung der Bankfeiertage auf den gesamten Scheckverkehr endet mit dem heutigen Tage, so daß eine Vorlegung von Schecks wieder möglich ist. Um die Aufarbeitung der angesammelten Scheckbestände zu ermöglichen, ist die Vorlegungsfrist verlängert worden. Die Einlösung von Schecks unterliegt naturgemäß den allgemeinen Beschränkungen des Zahlungsverkehrs. Im übrigen gelten die Bestimmungen der bisherigen Verordnung unverändert weiter.

Die Bestechung der Wegemeister

Hannover, 23. Juli. Im Provinzialausschuß wurde in der Angelegenheit der Bestechung zahlreicher hannoverscher Wegemeister mitgeteilt, daß etwa die Hälfte der Beschuldigten ein Geständnis abgelegt habe. Es ist festgestellt, daß allein die Braunschweiger Firma den Wegemeistern insgesamt ca. 60 000 Mark hat auszahlen lassen. Ermittelungen erstrecken sich auch darauf, ob und welche anderen Firmen Bestechungsgelder bezahlt haben.

Das leidige Finanzamt

Wer für andere Eisen aus dem Feuer holt . . .

Das Entsetzen über die Schreckenstat des Landwirts Seedorf in Ohlenhof schwingt noch in uns nach. Verzweiflung über die Haltung des Finanzamts hatte den Aermsten zu einer Wahnsinnstat — zu vierfachem Mord und Selbstmord getrieben.

Das war s e i n e Angelegenheit. — Es gibt auch anderes. Vor dem Strafrichter in Bremen stand gestern ein überzeugter Mann, der für einen anderen Gewerbetreibenden eine Steuerangelegenheit in seinem Sinne vor dem Finanzamt ausgetragen hatte. Schon seit Jahren schlägt sich der Angeklagte Sv. mit dem Finanzamt herum, weil er der Ansichten in einer öffentlichen Versammlung unbeschadet vorkommen von 2000 M. nicht erreicht, keine Firmen- und Gewerbesteuer zu zahlen braucht.

Schon vor Jahresfrist hatte er seine diesbezüglichen Ansichten in einer öffentlichen ersammlung unbeschadet vorgetragen. Durch die Anwendung allgemeiner Zwangsmittel wie Pfändungen usw. seitens des Finanzamtes ließ sich der Angeklagte in einem Beschwerdebrief zu recht deutlichen Ausdrücken (Nepperei, Vergewaltigung) hinreißen und drohte mit Veröffentlichung in der Presse. Hierdurch hatte er sich nach dem Eröffnungsbeschluß strafbar gemacht.

Die Drohung mit Veröffentlichung in der Presse hatte Sv verwirklicht, indem er die Klageschrift gegen das Finanzamt für den anderen einem hiesigen Wochenblatt übergab. Die Veröffentlichung erfolgte durch Abdruck des Textes und einigen Begleitworten der Schriftleitung. Wegen dieser Veröffentlichung stand nun gleichzeitig auch die verantwortliche Schriftleiterin der betreffenden Wochenschrift, Frl. S., wegen Beleidigung des Präsidenten des Finanzamts in der Anklagebank. Der Staatsanwalt erkannte in dem Verhalten des Sv. Nötigung und Erpressung, in dem Vorgehen von Frl. S. aber Beleidigung des Präsidenten des Finanzamts.

Das Gericht erkannte im Sinne der Ausführungen des Staatsanwalts, ging jedoch im Strafmaß auf die Hälfte seines Antrages zurück und verurteilte Sv. zu 150 RM. und Frl. S. zu 50 RM. Geldstrafe, hilfsweise zu entsprechender Gefängnisstrafe, da es Gutgläubigkeit in beiden Fällen als vorliegend erachtete.

Der Angeklagte Sv. hatte aber dem Finanzamt gegenüber doch schon Erfolg gehabt, indem es dem von ihm vertretenen Gewerbetreibenden die Steuer „aus Billigkeitsgründen" erlassen hatte. Er aber mußte schuldig werden, ebenso die verantwortliche Schriftleiterin.

Für uns aber erhebt sich die Frage: Was darf die Presse überhaupt schreiben, wenn sie schon wegen Veröffentlichung beim Gericht eingereichter Schriftsätze bestraft wird? -a-

Es wird geringelnatzt

Der Südwestdeutsche Rundfunk bringt Lieder von Ringelnatz, von denen wir eins unsern Lesern als Kostprobe neudeutschen Literatentums vorsetzen:

Ich hab dich so lieb

Ich hab dich so lieb! / Ich würde dir ohne Bedenken / Eine Kachel aus meinem Ofen / Schenken. / Ich habe dir nichts getan. / Nun ist mir traurig zumut. / An den Hängen der Eisenbahn / Leuchtet der Ginster. / Vorbei — verjährt — / Doch nimmer vergessen. / Ich reise. / Alles, was lange währt, / Ist leise. — / Die Zeit entstellt / Alle Lebewesen. / Ein Hund bellt. / Er kann nicht lesen. / Er kann nicht schreiben. / Wir können nicht bleiben. / Ich lache. / Die Löcher sind die Hauptsache / An einem Sieb. / Ich hab dich so lieb!

Die Antwort eines Frontsoldaten

Stuttgart, 20. Juli 1931.

Dem Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Hinterbliebener, Stuttgart.

Erkläre Ihnen hiermit meinen endgültigen Austritt als Mitglied Ihres Verbandes. Nachdem ich den Schandfilm „Im Westen nichts Neues" gesehen habe. Ich war selbst 26 Monate an der Westfront bei der 1. MGK., J.-R. 127 und kam schwer verwundet zurück. Wir Frontsoldaten verbitten es uns, deutsches Heldentum derartig in Schmutz zu treten. Es ist sehr bedauerlich, daß Sie es nicht besser verstanden haben, unser letztes Gut, die „Ehre des Frontsoldaten", bei den maßgebenden Stellen nicht entschieden geschützt haben. Ich bin fest davon überzeugt, daß das J.-R. 127 bis auf den letzten Mann und überhaupt die übergroße Mehrheit der alten Soldaten mit mir einig sind. Deshalb schließe ich mit einem dreifachen Heil und Sieg auf unsere Helden von 1914—1918.

Andreas Baur.

Tonangebende Leute

Unter dieser Ueberschrift zeigt Scherls „Woche" (27) 12 Bilder von Schlagerkomponisten. Soweit den Augen erkennbar, sind davon sechs rassisch einwandfrei, nämlich: Franz Lehar, Robert Stolz, Willi Kollo, Walter Jurmann (?), Franz Grote und Erwin Bootz. Im Zweifel bleiben wir über Dr. Bronislaw Kaper. Ganz klar liegt die Sache bei fünfen: W. R. Herzmann (Tonfilme: „Liebeswalzer", „Drei von der Tankstelle", „Seine Hoheit befiehlt"), Friedrich Holländer („Ich bin von Kopf bis Fuß auf Liebe eingestellt", „Laß mich deine Carmen sein"), Paul Abraham, Mischa Spoliansky und Hans May („Der Greifer").

Bei dieser Gelegenheit geben wir das Urteil wieder, das der Antwerpener „Matin" (7. 6. 31) anläßlich der Brüsseler Konzerte des Leipziger Gewandhausorchesters über den Dirigenten Bruno Walter (Schlesinger) fällt: . . . . absoluter Mangel an ganz großem Stil; ziemlich anfechtbare musikalische Gewissenhaftigkeit und Ehrlichkeit; eine allzu augenfällige Sorge um den Effekt und ziemlich niedrige Zugeständnisse an den Snobismus. — Das ist ein kleiner, aber recht eindringlicher Beitrag zum Punkte „Rasse und Musik".

Aus Bremen Stadt und Staat

Bremen bringt sich selbst um

Noch immer ist der Höhepunkt der Katastrophe nicht erreicht. Eine neue Bank hat ihre Schalter geschlossen und immer unmittelbarer wird jedem einzelnen klar, wohin wir steuern. Aber gerade darum muß Disziplin gewahrt werden, darf keine Panikstimmung aufkommen, die nur auf krasse Selbstsucht schließen läßt, sondern schon jetzt, durch die Not der Zeit gezwungen, muß der Grundsatz nationalsozialistischer Weltanschauung Gemeingut aller Bremer werden: **Gemeinnutz geht vor Eigennutz!**

Tausende bremischer Existenzen stehen vor dem unmittelbaren Zusammenbruch und werden neue tausende mit sich reißen. Darum muß einer dem anderen helfen, damit das Trümmerfeld nicht zu groß wird, auf dem wir in kurzer Zeit einen neuen Staat werden aufbauen müssen. Aus dieser Erkenntnis, die jedem zu eigen sein müßte, geht aber auch hervor, daß ich erst recht nicht in dieser Zeit mein weniges Geld volksfremden Warenhäusern hintrage und deshalb meinen Nachbarn zugrunde gehen lasse. Ein jüdisches Warenhaus kann sich damit brüsten, daß in 48 Stunden 32763 Bremer bei ihm gekauft haben und die Bremer Nachrichten geben sich dazu her, den selbstmörderischen Wahnsinn, der hierin liegt, noch zu propagieren, eben weil sie dafür selbst bezahlt werden.

Wir fordern Verantwortung jedes einzelnen für alle Volksgenossen. Das ist nationalsozialistisch. Wir fordern tätigen Gemeinsinn und Abkehr von den bisherigen Wirtschaftsmethoden. Das ist Selbsterhaltung. Wir haben nicht mehr die Zeit, **alle** Volksgenossen zu nationalen und sozialen Staatsbürgern zu erziehen. Darum fordern wir heute nur Vertrauen und Glauben an die Kräfte unseres Volkes, die schon seit Jahren das drohende Unheil abwenden wollten, die mit ihrem Leben sich für jeden einzelnen von uns immer wieder eingesetzt haben. Dann wird noch vieles vermieden werden können., auch wenn wir den bitteren Weg der Katastrophe zu Ende gehen müssen. =art.

Zahlungseinstellung der Beamtenbank

Die Beamtenbank Bremen bittet um Veröffentlichung nachfolgender Erklärung:

„Die finanzielle Erschütterung Deutschlands hat auch die Beamtenbank, Bremen, E. G. m. b. H., in Mitleidenschaft gezogen. Sie sieht sich genötigt, zunächst ihre Schalter zu schließen. Die Eingänge, die sonst im regelmäßigen Geschäftsgang die Auszahlung der Verbindlichkeiten der Genossenschaft gewährleisteten, blieben infolge der restriktiven Maßnahmen der Reichsbank aus. Die vorhandenen Werte der Bank lassen sich nicht so schnell realisieren, um im Augenblick die notwendigen Auszahlungen zu ermöglichen. Den gegenwärtigen Zustand der Zahlungsstockung zu überwinden, ist sie bemüht. Die Hauptsache ist, daß die Interessenten in Anbetracht der vorhandenen Werte der Genossenschaft zu warten und damit dazu beitragen, eine günstigere Gestaltung der Dinge zu erreichen."

Nochmals Strasser-Gruppe

In den bürgerlichen Zeitungen sowie in der Arbeiter-Zeitung waren Mitteilungen abgedruckt, die die Opposition innerhalb der Strasser-Gruppe betrafen.

Es ist interessant zu beobachten, wie diese Blätter diese Nachrichten bringen. Während sie sonst alles, was gegen Hitler und seine Idee gerichtet ist, groß und dick aufgetragen an hervorragende Stelle setzen, bringen sie diese Mitteilung klein und bescheiden. Wir wundern uns darüber nicht, beweist es uns doch am besten, die Kleinlichkeit und Erbärmlichkeit des Kampfes gegen uns. Wir wollen aber das nachholen, was diese Blätter verschwiegen haben, um zu beweisen, was für kleine Geister es sind, die glaubten, einen Adolf Hitler angreifen zu können.

In diesem Schreiben an die in Frage kommenden Schriftleitungen waren auch folgende sechs Punkte ausgeführt, die man der Oeffentlichkeit glatt unterschlug:

1. Kapt. Ehrhardt bezahlte pro Woche 5000 Exemplare der „Deutschen Revolution".
2. Kapt. Ehrhardt bezahlte sämtliche Kosten für zwei Flugblätter, darunter das Flugblatt „Schluß mit der Mordhetze!"
3. Der Reichsorganisationsleiter Günther Kübler ist ehemaliger Ordonnanzoffizier des Kapt. Ehrhardt.
4. Hptm. Stennes vollzog gegen seinen Willen auf Befehl von Kapt. Ehrhardt seinen Anschluß an Strasser.
5. Die Finanzierung Hptm. Stennes durch Kapt. Ehrhardt ist in Berlin offenes Geheimnis.
6. Im Vollzugsausschuß der NSKD. wurde Hauptm. Stennes doppeltes Stimmrecht eingeräumt.

Wir bringen sie hiermit unseren Lesern zur Kenntnis und überlassen es ihnen, sich von diesen Wichten ein Bild zu machen.

Um die Schröderbank. Die am Donnerstag in Berlin unter Mitwirkung der Reichsbank, Vertretern der bremischen Wirtschaft und des bremischen Staates (für letzteren nahmen die Senatoren Bömers und Apelt an der Verhandlung teil) fortgeführten Verhandlungen zur Stützung der J. F. Schröder-Bank in Bremen hat, unseren Informationen zufolge, ein Sanierungsplan in der Richtung zugrunde gelegen, daß der bremische Staat eine starke Beteiligung an der Schröderbank übernimmt, die sich aus der Umwandlung einer bestehenden Forderung ergibt. An zuständiger Bremer Stelle wird uns diese Version bestätigt. Ueber Form und Umfang der staatlichen Beteiligung scheint dagegen noch kein Uebereinkommen erzielt worden zu sein. Die Verhandlungen sind noch nicht restlos abgeschlossen. Im Einvernehmen mit dem Geschäftsinhaber der J. F. Schröder-Bank ist Rechtsanwalt Dr. Ahlers-Bremen als Treuhänder zum Schutze der Interessen der Gläubiger bei der Schröderbank bestellt worden.

Brand im städtischen Gaswerk. Gestern mittag brach in einer Abteilung des städtischen Gaswerks ein Brand aus, zu dem uns von der Leitung des Gaswerks folgender Bericht zur Verfügung gestellt wird: In der Wassergasanlage des städtischen Gaswerks brach gestern 12,20 Uhr beim Füllen eines Generators für Wassergaserzeugung ein Brand aus. Aus dem oberen Verschluß schlug eine Stichflamme heraus, welche die darüber liegende Dachkonstruktion in Brand setzte; die Entstehung der Stichflamme konnte nicht geklärt werden. Sie hat wahrscheinlich ihren Grund in einem Defekt eines Luft- oder Dampfschiebers. Verbrannt ist der Dachstuhl der Anlage in seiner Ausdehnung von ca. 200 Quadratmeter samt seinen Entlüftungsaufsätzen. Die über dem Dach liegende Koksbunkerkonstruktion mit elektrischer Winde sowie der gesamte maschinelle Teil der Einrichtung haben keinen wesentlichen Schaden erlitten. Das Feuer wurde unter Vornahme von 8 Schlauchleitungen bei Verwendung von 2 Motorspritzen und 3 Drehleitern gelöscht. Von dem in der Wassergasanlage beschäftigten Personal erlitten ein Gasmacher und ein Krahnführer Brandwunden. Letzterer mußte über eine Drehleiter gerettet werden.

Unsere SA. in Vegesack

Gestern abend fuhr unsere SA. mehrere hundert Mann stark mit Dampfer Franzius zum Vortragsabend des Pg. Zörner (Braunschweig) nach Vegesack. Bei herrlichstem Wetter ging der Dampfer unter freudigen Zurufen vieler Anhänger unserer Bewegung um 7 Uhr von der Kaiserbrücke ab. Als das Volkshaus im Fangturm passiert wurde, erscholl von unserer SA. ein kräftiges „Deutschland erwache", daß die Bonzen der Volkszeitung von ihren Fenstern verscheucht wurden. Mag man auch in seiner ohnmächtigen Wut einen neuen Schmähartikel gegen uns los lassen, wissen wir doch, daß der Tag der Freiheit nicht mehr fern ist.

Ein Bild unendlichen Jammers, gleich einem Friedhof lag rechts von uns die A. G. Weser, deren Notlage wir auch auf das Konto des heutigen Systems schreiben. Weiter ging die Fahrt bis wir Vegesack erreichten. Begrüßt vom Ausflugsdampfer Weserland, der viele Badelustige nach Bremen zurückbeförderte und von unseren drotigen Pgg. legten wir an und marschierten unter dem Jubel der Bevölkerung in die Strandlust, in der als Referent Landtagspräsident Pg. Zörner Braunschweig, über das Thema

Das System und sein Ende

vor vollbesetztem Hause sprach.

Der Redner warf einen Rückblick auf die Politik der letzten 12 Jahre und ging dann über den Dawes- und Youngplan zum Hooverfeierjahr über. Wenn Deutschland gesunden soll, müßte es ein Feierjahr bis ans Weltenende erreichen. Politik verdirbt nicht den Charakter. Wer einen guten Charakter hat, überträgt ihn auf die Politik, siehe Bismarck im Vergleich zu unseren heutigen System-Diplomaten, die in Paris und London um Anleihen betteln, bei deren Bewilligung wir zwangsläufig unter Finanzkontrolle gestellt werden u. unsere Hohheitsrechte einbüßen.

Der Redner kam dann auch auf die Notverordnungen zu sprechen und betonte mit Humor, durch die Notverordnungen würden ein Artikel nach dem anderen der Weimarer Verfassung außer Kraft gesetzt. Er möchte bloß mal wissen, womit man in Berlin am 11. August noch die Verfassung feiern wolle. Sehr interessant waren die Ausführungen des Redners über das Sparprogramm des Ministers Franzen. in Braunschweig. Es würde zu weit führen, das alles hier näher wieder geben zu wollen.

Zur Diskussion meldete sich ein Kommunist, der sich krampfhaft bemühte, uns klar zu machen, daß der Rechtskurs Stalins mit dem Kommunismus voll und ganz in Einklang zu bringen sei. Als Dank dafür müßte er eine scharfe Abfuhr unseres Pg'. Zörners in der Schlußrede einstecken. Unter Absingen des Horst-Wesselliedes wurde um 12 Uhr die Versammlung geschlossen. — Unsere SA traf um 2 Uhr nachts wieder in Bremen ein.

Sind wir gewerkschaftsfeindlich?

Von Reinhold Muchow.

Im zweiten Juliheft des „Arbeitertum" (Blätter der Nationalsoz. Betriebszellenorganisation) erteilt der Herausgeber Reinhold Muchow eine treffende Antwort auf die beliebteste marxistische Lüge, die dem deutschen Arbeiter die NSDAP. als „gewerkschaftsfeindlich" und „gelb" vortäuschen will. Zum Endkampf für den Sieg der nationalsozialistischen Volksbewegung gilt es die Betriebe zu erobern, den Einfluß der roten Parteibürokratie zu zerstören. Die Gewerkschaften müssen in ihrer heutigen Form, in der sie Handlanger und Hilfsmittel der marxistischen Parteipäpste darstellen verschwinden, und deutscher Arbeitervertretung Platz machen.

Keine Lüge der marxistischen Gewerkschaftsbürokratie ist so banal, wie die, daß der Nationalsozialismus grundsätzlich dem Gewerkschaftsgedanken feindlich gegenübersteht und die Organisationen systematisch zerschlagen will. Das Gegenteil ist nämlich richtig.

In den ersten Zeiten des anstürmenden Kapitalismus, als sich auch die Irrlehre eines Karl Marx in Deutschland ausbreitete, entstanden nach und nach diese Schutzorganisationen der vom Unternehmertum aufs äußerste sozial bedrängten Arbeiterschaft, die Gewerkschaften. Ihre grundsätzlichen und ursprünglichen Ziele waren der Kampf um anständige, dem allgemeinen Lebensniveau angepaßte Löhne, ausreichenden Urlaub, Kündigungsschutz, Einführung oder Verbesserung von sanitären und Sicherheitsvorrichtungen auf den Arbeitsstätten usw. Von der Gesetzgebung verlangen sie unablässig die Anerkennung und Durchführung ihrer berechtigten Forderungen. Jedoch blieb es bald nicht aus, daß sich durch die gleichzeitig entwickelnde politische Macht des Marxismus in Gestalt der SPD., die Gewerkschaften von dieser erobert wurden und Marx' Programm vollinhaltlich übernahmen. Von diesem Tage an hatte die SPD. — sogar bis auf den heutigen Tag ihre stärkste Stütze gefunden. Es war mehr wie natürlich, daß das Unternehmertum vom ersten Tage des Bestehens der Gewerkschaften an gegen diese Sturm lief. Der echt liberale „Herr im Hause"-Standpunkt duldete nicht das Bestehen einer Institution, die auch Rechte verlangte. Die Kampffront war also hier klar. Anders bei uns.

Die nationalsozialistische Bewegung hat nicht nur heute, sondern schon viel früher die große Bedeutung der Gewerkschaftsfrage erkannt und das Bestehen der Gewerkschaften bejaht. Der Umstand, daß die Gewerkschaften heute Organe des marxistischen Klassenkampfes geworden sind, ändert an der grundsätzlichen Einstellung des Nationalismus zu dieser Frage nichts. Wir erblikken in den Gewerkschaften, wenn wir sie nur als solche betrachten, notwendige Faktoren, die aus dem Gesamtbild der Wirtschaft nicht mehr entbehrt werden können, und sind einsichtig genug, zu erkennen, daß die Funktion der Gewerkschaften in der Wirtschaft unseres Staates erheblich größer und politisch verantwortungsvoller sein werden, als heute, wo der „Klasse gegen Klasse"-Standpunkt wütet. Besteht nun ein Widerspruch darin, wenn der Nationalsozialismus einerseits die Gewerkschaften als solche bejaht, andererseits sie in der Praxis aber (im Falle der freien Gewerkschaften) bekämpft? Nein. Es ist unsere Pflicht, den Marxismus überall da zu bekämpfen, wo er sich zeigt. Gerade weil die freien Gewerkschaften insbesondere den Dawesplan ausdrücklich anerkannt haben, auch darüber hinaus nicht den Kampf gegen das räuberische kapitalistische Wirtschaftssystem führen, sondern die „Wirtschaftsdemokratie", d. h. die Einmistung im Kapitalismus, predigen, ist unser Kampf gegen die freien Gewerkschaften Pflicht. Die Parole dieser Bekämpfung lautet aber nicht „Zertrümmert die Gewerkschaften an sich" — das Ziel sturer Unternehmer —, sondern „Verjagt die marxistische Führung, die Young erfüllen will."

Die angebliche „Gewerkschaftszerstörung" der Nationalsozialisten ist eine marxistische Zwecklüge. Sie ist für Dumme bestimmt. Unsere einsetzende Betriebsaufklärung wird dem Arbeiter beweisen, daß der Totengräber des Gewerkschaftsgedankens nicht wir, sondern der Marxismus selbst ist, der eine mörderische Verelendungspolitik treibt, die ein Verweilen in den Gewerkschaften automatisch unmöglich für die Dauer macht.

Gegen üblen Mundgeruch „Ich will nicht versäumen, Ihnen Mitteilung zu machen, daß ich seit dem Gebrauch Ihrer Zahnpaste „Chlorodont" nicht nur reine, weiße Zähne besitze, sondern auch den bei mir sonst üblichen Mundgeruch verloren habe. Ich werde Ihr Chlorodont aufs beste empfehlen." gez. E. G., Mainz. — Man verlange nur die echte Chlorodont-Zahnpaste, Tube 54 Pf. und 90 Pf., und weise jeden Ersatz dafür zurück.

Nächsten Freitag Massenversammlung in den Centralhallen

20 Tote, 155 Verwundeten in Sevilla

Madrid, 24. Juli. In Sevilla wurden am Donnerstag bei dem Versuch, Gefangene zu befreien, vier Personen erschossen. Im übrigen ist die Lage am Donnerstag sonst ruhiger. Die Opfer der Straßenkämpfe in Sevilla vom Mittwoch und Donnerstag belaufen sich auf 20 Tote und 155 Verletzte, darunter viele Schwerverletzte. Die syndikalistischen Organisationen sind für ganz Spanien verboten worden. Die Führer wurden verhaftet.

Kommunistisches Hauptquartier in Sevilla zerstört

Paris, 24. Juli. Nach spät in der Nacht hier eingetroffenen Meldungen aus Sevilla wurde das Hauptquartier der Kommunisten, die sog. „Taverne", von Cornella Donnerstagabend durch Artilleriefeuer vollkommen zerstört. Das Gebäude war von den Aufständischen in eine Art Festung umgebaut worden. Militärflugzeuge mit Maschinengewehren kreisen unaufhörlich über der Stadt. Das Gewehrfeuer hielt den ganzen Nachmittag über an.

Eine 24-Stundenregierung in Chile

London, 24. Juli. Einer „Times"-Meldung aus Santiago de Chile zufolge ist das neue chilenische Kabinett, das erst am Mittwoch gebildet worden war, bereits am Donnerstag wieder zurückgetreten. Das vorige Kabinett hat sich wenigstens eine Woche lang halten können. Die Studenten der staatlichen und der katholischen Universitäten haben aus Protest gegen gewisse Aenderungen im Kabinett den Streik auf unbestimmte Zeit erklärt.

Freiwilliger Arbeitsdienst

Mit Stimmenmehrheit genehmigte der Reichsrat den Artikel 12 der Verordnung über die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes.

Als Beteiligte kommen für den freiwilligen Arbeitsdienst in Betracht die Bezieher von Arbeitslosen-Unterstützung und Krisenfürsorge. Die Unterstützung kann einheitlich auf höchstens 2 Mark wochentäglich für eine Dauer von höchstens 20 Wochen festgesetzt werden. Für volkswirtschaftlich wertvolle Arbeiten kann ein Betrag von 1,50 Mark gutgebracht werden, der innerhalb einer bestimmten Frist zur Erwerbung einer Siedlerstelle oder eines Eigenheimes Verwendung finden muß. Das würde also bei 20 Wochen 180 Mark ausmachen. Wie man damit den Grundstock für Siedlerstellen oder Eigenheime legen will, darüber hat die Regierung keine Lösung mitgeteilt.

Die Ablehnung der freiwilligen Arbeit im Sinne dieser Verordnung darf nicht als Arbeitsunwilligkeit ausgelegt werden. Die Arbeiterschutzbestimmungen gelten auch für die Arbeitsdienstwilligen. Die Zusammenfassung von Arbeitsgruppen im freiwilligen Arbeitsdienst darf für politische oder staatsfeindliche Zwecke nicht mißbraucht werden.

Der Artikel 12, für den allein nur die Zustimmung des Reichsrates erforderlich war, bestimmt, daß die Gemeinden gegen angemessene Entschädigung Unterkunft und Verpflegung für die Arbeitsdienstwilligen zur Verfügung zu stellen haben.

Faschismus zur Enzyklika

Rom. Das Parteidirektorium hat im Hinblick auf die Enzyklika drei Entschließungen angenommen.

In der ersten Entschließung protestiert das Direktorium gegen die Behauptung einer Enzyklika, wonach der Schwur von den Schwarzhemden um des Brotes, der Karriere oder des Lebenswillens geleistet werde. **Die Schwarzhemden hätten bewiesen, daß sie auf Brot, Karriere und auch auf das Leben zu verzichten wüßten, wenn dieses für das Vaterland und für die faschistische Revolution nötig ist. Die faschistische Partei sei eine Kampforganisation militärischen Charakters, die die Revolution gemacht habe und die Pflicht habe, die Revolution gegen jeden zu verteidigen.**

Die zweite Entschließung weist mit Entrüstung und auf Grund genauer Kenntnis der Tatsachen die Behauptungen zurück, wonach die Freimaurer angeblich in die Reihen der Faschistischen Partei wieder aufgenommen worden seien. Die Haltung der faschistischen Partei sei in dieser Hinsicht völlig klar und sei es bisher gewesen. **Der Großmeister der italienischen Freimaurerei befinde sich auf den Inseln** (d. h. zwangsverschickt. D. Red.). Das Parteidirektorium wache, um zu verhindern, daß die alten Ueberbleibsel aus dem demokratisch-freimaurerisch-liberalen Zeitalter in irgendeiner Weise eine Tätigkeit wieder aufnehmen. Aber das Direktorium stelle außerdem das unerhörte Bündnis fest, das sich zwischen dem Vatikan und der Freimaurerei ergeben habe, die heute in ihrer gemeinsamen Feindschaft gegen den faschistischen Staat verbunden seien.

RUNDFUNK-PROGRAMM

Freitag, 24. Juli

16.15 Heitere Lieder für Baß. — 17.00 Mit Frauenaugen durch Schatzkammern der Kunst, Bamberg. — 17.40 Kulturkuriosa. — 18.05 Die Bunte Stunde. — 19.00 Der Werkmeister. — 19.25 Die Arbeit der Arbeitslosen. — 20.00 Konrad Beste liest aus seinem Roman „Das heidnische Dorf" das Kapitel „Die Verlobung". — 20.30 Symphonie-Abend. 22.30 Aktueller Dienst. — 22.40 Konzert im Cafe Wallhof. 23.20 Konzert im Cafe Atlantic.

Sonnabend, 25. Juli

7.10 Frühkonzert. — 8.00 Bohnengerichte, Bowlen und kleines Gebäck. — 11.00 Musik auf zwei Klavieren. — 12.30 Mittagskonzert des hannoverschen Noorag-Orchesters. 13.20 Schallplattenkonzert. — 14.05 Nachrichtendienst. — 16.00 Konzert. — 17.00 Bücherbörse. — 17.30 Die Musik der fremden Völker im Dienst unserer modernen Musik. 18.15 Die Bunte Stunde. — 20.00 Salzburger Festspiele: „Der Barbier von Sevilla". — 22.50 Aktueller Dienst. — 23.00 Tanzfunk des Scarpa-Orchesters.

NSDAP Bremen

Geschäftsstelle: Pelzerstr. 12-13. D. 20 012. Geschäftszeit: 8,30 bis 20 Uhr. Postscheckkonto: Hamburg 79 121 Wilh. Mohrmann. Ortsgruppenleiter: Pg. Kurt Thiele, M.d.R. (ist nur nach vorheriger Anmeldung nachmittags von 16,30 bis 18,30 Uhr zu sprechen.)

Sektion Osten:
Sprechstunde: Dienstags 19,30—20 Uhr, Geschäftsstelle.

Sektion Westen.
Der Sektionsführer West ist jeden 1. und 3. Dienstag Geschäftsstelle 19,30—20,30 zu sprechen.

Sektion Habenhausen.
Der Sektions-Führer Habenhausen ist jeden 1. und 4. Dienstag in seiner Wohnung zu sprechen.

Sektion Neustadt.
Der Sektions-Führer Neustadt ist jeden Montag und Dienstagabend v. 8—10 Uhr in seiner Wohnung zu sprechen.

Sektion Mitte.
Sprechstunden des Sektionsführers am 1. und 3. Montag von 20—21 Uhr, Geschäftsstelle.

Sektion Schwachhausen.
1. und 3. Montag von 20—21 Uhr, Geschäftsstelle.

Sektion Findorff.
Der Sektionsführer ist jeden Montag auf der Geschäftsstelle von 20—21 Uhr zu sprechen.

Sektion Huchting.
Der Sektionsführer ist jeden 1. Montag eines Monats in seiner Wohnung zu sprechen.

S.A. (Sturmabteilung).
Geschäftsstelle: Pelzerstr. 12-13. D. 20 012. Geschäftszeit 9—13 und 15—19 Uhr. Sonnabends 10—14 Uhr.

N.S.D. Aerztebund.
Geschäftsstelle: Pelzerstr. 12-13.

NSLB. (Nationalsozialistischer Lehrerbund).
Anmeldungen zum Nationalsozialistischen Lehrerbund werden jeden Nachmittag (außer Sonnabend) auf der Parteigeschäftsstelle, Pelzerstr. 12-13, entgegengenommen.

Kriegsbeschädigte.
Jeden Donnerstag Sprechstunden des Obmanns von 19 bis 20 Uhr auf der Geschäftsstelle.

Deutscher Frauenorden.
Geschäftsstelle: Pelzerstr. 12-13. Sprechzeit: Dienstags von 10—13 Uhr, Freitags 16—19 Uhr.

NSS. (Nationalsozialistischer Schülerbund)
Gau- und Bezirksleitung: Pelzerstr. 12-13 (Hinterhaus). Bezirksgeschäftsstelle geöffnet täglich 13,50—14 Uhr und 18—20 Uhr. Sprechstunden des Bezirksführers: Montags, Mittwochs und Sonnabends 18—20 Uhr.

Herausgeber Kurt Thiele, M. d. R. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hanskarl von Scharf; für den Anzeigenteil C. A. Güldner; sämtlich in Bremen. — Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. — Druck: Kempe & Co. Druckereigesellschaft m. b. H. Bremen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist sie zur Rücksendung nicht verpflichtet. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Im Falle höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Verbot, usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Familien-Anzeigen

Geborene:
Wilhelm Menke u. Frau Meta, geb. Meybohm (Knabe)

Verlobte:
Marta Leyler Dr. med. Friedrich Müller
Lina Straatmann u. Fritz Holze.

Vermählte:
Kurt Sidow u. Frau Frieda, geb. Gerdes

Verstorbene:
Johanne Heine Ww. geb. Koch im 65. L. Wilhelm Heitmüller im 66. L. Heere Kromminga. Rebecka Goosmann im 74. L. Konrad Brunssen im 58. L. Bernh. Kümmel Ww. Carl Rudloff im 49. L. Gustav Bödeker im 76. L. Meta Töbelmann geb. Siemer im 45. L. Lilly Ludwig Ww. geb. König im 53. L. Fritz Klenke im 67. L. Charlotte Lingel geb. Lüers im 62. L. Dora Miesner geb. Worthmann im 27. L.

STADTTHEATER

Heute
Freitag 20 Uhr:
Viktoria und ihr Husar
Sonnabend 20 Uhr:
Viktoria und ihr Husar
Sonntag 20 Uhr:
Das Land des Lächelns

Dienstag, den 28. Juli 20 Uhr:
Auf vielseitigen Wunsch:
Nochmaliges Auftreten von
Tilly Lüssen
Das Veilchen v. Montmartre
Operette von Emmerich Kalman

Vorverkauf ab heute Freitag in den üblichen Kassenstunden

Ia Guatemala Kaffee
rein, hocharomatisch und ergiebig
1 Pfund nur 2.50 RM
Vorzeiger dieses Inserates erhält eine schöne Kaffeedose gratis.
Eggers & Volkmann Kaffee-Rösterei
Buchtstr. 50 nur 30 Schritte ab Domshof
Telefon Domsheide 25167

Malerarbeiten
liefert billig
Eichholz Oderstr. 95

Ausl.-Radio
für 4 Röhren 25,— RM. bar, bess. A. E. G. mit 30.- M. Anz. u. 3 Mk Raten. **H. Fangmeier.** St. Magnusstr 21, Bremen

Centralheizungs-Koks
Sämtliche Hausbrandkohle
Holz / Torf
Rudolf Arndt
Palmenstr. 15 — Roland 4361

Saison-Ausverkauf
8.50 6.90 5.90
Schuhhaus Wachendorf
Ostertorsteinweg 49

S. A. und H. J.
Beachtet unsere **neuen Preise** für
S.A.-Diensthemden,
Braunhemden,
Scharhemden,
braune Breecheshosen,
Sturmfahnen
H. J.-Fahnen usw.
Verlangt kostenlose Zusendung der neuen ausführlichen Preislisten.
a) Bekleidung und Ausrüstung für S. A. und politische Führer und
b) Bekleidung und Ausrüstung für H. J. und Deutsches Jungvolk!
Zeugmeisterei Nord - Hannover
Hildesheimerstrasse 46

Zu vermieten
2 gut möbl. Zimmer
Wohn- u. Schlafz. f. 1 od. 2 Herren. Römerstraße 15

Gut möbl. Zimmer zu vermieten Panzenberg 4

Stellengesuche
Jung. Mädchen v. Lande s. Stell. nur im natl. Haush. Koch. u. perf. Schn. Off. unt. H 40154

Junger Mann sucht Stellung gleich welcher Art 22 Jahre alt. Off. unter H 40154

Stellenmarkt
Fixer Laufjg. außer der Schulzeit **Lessingstr. 10**

Bestellschein

Nur gültig für die 2malige Ausgabe Mittwoch und Sonnabend. Für tägliche Ausgabe Bestellung extra aufgeben.

Unterzeichneter bestellt hiermit: .....

Bremer Nationalsozialistische Zeitung
(Verlagsort Bremen)

und bittet, den Bezugspreis von monatlich 1.12 RMk. erheben zu lassen.

Vor- und Zuname: .....

Wohnort: .....

Straße und Hausnummer: .....